

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstadtgasse 23.
Veränderungen der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Bei der Abgabe einzelner Nummern
muss man sich der Redaction nicht
melden.
Annahme der für die nächst-
kommende Nummer bestimmten
Verträge an Wochenenden bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 10 1/2 Uhr.
Bei der Abgabe für den Anstalt:
Zur Kasse, Unterstadtstr. 22,
und für die Katharinenstr. 16, 1/2
Uhr bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Gewerbeberichter.

Auflage 16,000.
Abonnementpreis Viertel 4¹/₂ Th.,
mit Beilage 5 Th.,
mit Postgebühren 6 Th.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postgebühr 25 Pf.
mit Postgebühr 45 Pf.
Jahresrate 100 Pf. Belegemplar 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellen- und
Zug nach höherem Tarif.
Kontingenz unter dem Redactionstitel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro anno vorwärts
oder durch Postnachschuß.

№ 229.

Sonntag den 17. August 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Das **Wagbe Berger'sche Stipendium** für einen „armen Studenten zur Erlangung der Magisterwürde“, im Betrage von **25 Mark 69 Pfg.**

ist zu **Richard D. J.** zu vergeben.
Bewerber um dieses Stipendium werden aufgefordert, ihre Gesuche nebst den erforderlichen Bescheinigungen bis zum **1. September d. J.** bei uns einzureichen.
Leipzig, den **1. August 1879.**
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin, Vizepräsident.

Die Königliche Baugewerkschule zu Leipzig

(i. S. im Gebäude der Realschule II. Ordnung, Nordstraße)

Die in dem bevorstehenden Wintersemester in Gemäßheit des neuen Organisationsplans ihren vierten und letzten Kurs erhalten. Der Unterricht in sämtlichen vier Curricula beginnt **Montag den 6. October** früh 8 Uhr und haben sich **Neuzugewandene** bis zum **26. September** bei dem Director Baurath **Wilh. Beckstr. 44.** unter Uebergabe des Geburtscheines, des Impfscheines, des letzten Schulzeugnisses und eines Zeugnisses über gutes Verhalten zu melden, ebenso diejenigen, welche sich der Nachprüfung unterziehen wollen; letztere schriftlich.
Die Nachprüfung und die Prüfung derjenigen, welche unmittelbar in einen höheren Kurs aufgenommen sein wollen, findet **Wittwoch den 1. October** von früh 8 Uhr an statt; die Aufnahmeprüfung für den ersten (untersten) Kurs Angemeldeten **Donnerstag den 2. October** gleichfalls von früh 8 Uhr an.
Die Vorstellung der seitherigen Schüler, welche die Anstalt auch in diesem Winter besuchen wollen, ist unter Selbstbringung eines Zeugnisses über Beschäftigung und Verhalten im Laufe des Sommerhalbjahrs **Sonabend den 4. October** zwischen **10 und 12 Uhr** vor dem Director im Schullocale zu erfolgen.
Prospecte sind durch die Direction gratis zu erlangen.
Die Direction der Königlich-baugewerkschule zu Leipzig.
G. Ripplir, Hof-Baurath.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submision ausgeschriebene Herstellung von Brückenpfeilern und eines Schrägenbühlers in der Verlängerung der **Bismardstraße** ist vergeben und werden die unbedenklich geliebten Herren Bewerber hiervon in Kenntnis gesetzt.
Leipzig, am **14. August 1879.**
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin, Baugemein.

Bekanntmachung.

Die gepflasterten Eingänge von denjenigen Grundstücken der Vorstädte, deren Fußwege in städtischer Verwaltung übernommen worden sind, sollen mit Trottoirplatten belegt und die hierzu erforderlichen Arbeiten an einem Unternehmer in Accord verbunden werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus, 2. Stage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst einzesehen resp. entnommen werden.
Besondere Offerten sind versendet und mit der Aufschrift **„Trottoirplattenlegung vor Hauseingängen in den Vorstädten betreffend“** versehen ebenfalls und zwar **bis zum 23. August d. J. Nachmittags 5 Uhr**, einzureichen.
Leipzig, am **15. August 1879.**
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin, Baugemein.

Gewerbekammer zu Leipzig.

Dienstag, den 19. August, Nachmittags 5 Uhr
Öffentliche Plenarsitzung im Saale der Ersten Bürgerstraße
Tagesordnung:
Bericht aus der Registratur. — Bericht des Ausschusses für Gewerbebegünstigung über ein Normalstatut für Innungen. — Bericht über eine Eingabe gegen die gewerbemäßige Befreiung neuer Häuser. — Mittheilung über den gegenwärtigen Stand der Steuererhebungsfrage.
W. Säckel, Vorsitzender.
Derzog, Secretair.

Herr von Puttkamer.

Die preussische Regierung hat sich endlich bewegen gelassen, das Schweigen in einer Angelegenheit zu brechen, welche das Land, ja ganz Deutschland auf das heftigste berühren mußte. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht nunmehr den Wortlaut derjenigen Stellen aus der Köllner Rede des Cultusministers v. Puttkamer, welche in den letzten Tagen zu so lebhafter Discussion Anlaß gegeben haben. Nach dem amtlichen Wortlaut ähnelte sich Herr von Puttkamer über seinen Vorgänger im Amte, Dr. Falk, wie folgt:
„Mit besonderer Freude und Bewunderung habe ich die von dem Herrn Vorredner den Verdiensten meines Herrn Amtsvorgängers geleistete Anerkennung vernommen; ich freue mich dieser Anerkennung um so mehr, als ich mich ihr nur durch ausschließliche Loyalität und Thätigkeit zu bedienen in allen wesentlichen Beziehungen den kirchlichen und politischen Standpunkt meines Herrn Amtsvorgängers theile. Ich kann aus eigener Erfahrung bezeugen, mit welcher bewundernswürdigen Energie und Thätigkeit der Herr Minister Falk während seiner 7jährigen Amtsführung sich die Pflege und Förderung des gesamten Schulwesens, des höheren sowohl wie des niederen, hat angelegen sein lassen. Dafür gehört ihm der Dank des Landes, auch aller Decker, welche ihm auf seinem Wege nicht immer mit völligem Einverständnis haben folgen können.“
Was meine eigene ministerielle Stellung betrifft, so bemerke ich, daß, wenn ich meiner persönlichen Meinung hätte folgen dürfen, ich es entschieden vorgezogen haben würde, in meiner Stellung als Oberpräsident an der Spitze der schärfsten Provinz des Staates zu verbleiben, einer Stellung, welche mir volle Befriedigung und fruchtbar, eine ganze Manneskraft ausfüllende Beschäftigung gab. Ich habe aber nicht geglaubt, das Recht zu haben, das von Sr. Majestät dem Kaiser im Einverständnis mit dem kaiserlichen Hofe und dem Reichstag übertragenes Mandat abzuweichen, und werde mich bemühen, dies Vertrauen auch in meiner neuen Stellung zu rechtfertigen; sollte ich aber bei Führung meines Amtes gemäß meinen Ueberzeugungen den in mich gesetzten Erwartungen der obersten Staatsleitung nicht entsprechen, so würde ich jederzeit bereit sein, von meinem Amte zurückzutreten.“

v. Puttkamer ausgedrückt Loyalität an, in welchem zugleich der Verdienst des Herrn Falk rühmend gedacht wurde. Und scheint, Herr v. Puttkamer hatte es hiernach durchaus in seiner Hand, ob er überhaupt und wie viel er erwidern wollte. Er konnte ganz schweigen, er konnte sich auf ein kurzes Dankeswort beschränken, er konnte abbrechen bei der Zustimmung zu der Anerkennung der Verdienste seines Vorgängers. Statt dessen hat er ausdrücklich das Bekenntnis einer Nichtübereinstimmung in wesentlichen Punkten hinzugesagt. Eine Nichtübereinstimmung in wesentlichen Punkten aber ist eben ein Gegensatz. Und wie ernst Herr v. Puttkamer es mit diesem Gegensatz nimmt, beweist die Stelle, in welcher er erklärt, er werde jederzeit zur Niederlegung seines Amtes bereit sein, wenn die nach seinen Ueberzeugungen geführte Verwaltung derselben den von der obersten Staatsleitung gebotenen Erwartungen nicht entspreche. — So wäre denn der mit dem Personenwechsel im preussischen Cultusministerium zugleich eingetretene Systemwechsel amtlich constatirt. Unklar bleibt nach der ministeriellen Aeußerung nur noch der Umfang desselben; die Thatfache an sich aber ist fortan über jeden Zweifel erhaben. Moralische Eroberungen wird diese in Deutschland nicht machen: Das glauben wir Herrn von Puttkamer derselben zu können.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 16. August.

In den **preussischen Wahlen** wird uns aus Berlin vom Freitag geschrieben: „In dem Wahlkreise **Marxen** haben sich die Liberalen an den früheren Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn von **Fördenbeck**, erinnert und eine Wählerversammlung beschloß denn auch, den ehemaligen Führer von Jung-Litthauen als Candidaten aufzustellen. Jedemfalls wäre die Wahl Fördenbeck's zum Mitglied des Abgeordnetenhauses, dem er so lange Jahre zur Freude gedient, für die liberalen Parteien ein außerordentliches Ereignis und würde einigen Erfolg für das Ausschneiden Deningen's bieten. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die vereinigten liberalen Parteien — vielleicht nicht einmal den rechten Flügel der Nationalliberalen ausgeschlossen — in Fördenbeck den geborenen Candidaten für das Amt eines Präsidenten des Abgeordnetenhauses erblickt haben würden. Vielleicht wäre auch Herr von Fördenbeck noch vor einigen Wochen geneigt gewesen, ein Mandat zum Abgeordnetenposten anzunehmen, in welchem er doch seine größten parlamentarischen Triumphe gefeiert hat. Inzwischen aber hat der Magistrat von Berlin einstimmig beschloßen, Herrn von Fördenbeck als Vertreter der Stadt Berlin im Herrenhause zu präsentieren und in der heutigen Magistratsitzung ist die Allerhöchste Cabinetsordre mitgetheilt worden, welche die Berufung des Oberbürgermeisters von Berlin zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses als Lebenszeit ansetzt. Die Berufung auf Lebenszeit ist in der letzten Zeit regelmäßig erfolgt, weil dadurch dem Gesetze vom 7. März 1863, wonach die Zusammensetzung der Ersten Kammer bezw. des Herrenhauses durch königl. Anordnung an die Entscheidung geknüpft ist, daß die Berufung mit erblicher Berechtigung oder auf Lebenszeit erfolgen müsse, mehr entgegenwird. Die königl. Anordnung über die Bildung der Ersten Kammer vom 12. October ist namentlich in der neuen Fera von Georg v. Binde gerade deshalb sehr angefochten worden, weil dieselbe ein in dem

Gesetze vom 7. Mai 1853 gar nicht enthaltenes Präsentationsrecht von Corporationen und Verbänden einführte, welches über die erhaltene Erbmöglichkeit hinausgeht. Mit der Berufung der Präsentirten auf Lebenszeit scheint die Staatsregierung den staatsfeindlichen Anstoß beseitigen zu wollen.“

Aus der **Provinz Hannover** wird der „R. V. E.“ geschrieben: „Das Lösungswort für die Abgeordnetenwahlen, welches die Officiojen gern ausgeben und angenommen sehen möchten, nämlich für oder wider die Bismard'sche Wirtschaftspolitik, ist nirgends vernünftigerweise amenable, seine Ausherdität wird aber besonders handgreiflich in der Provinz Hannover. Dort kämpfen seit 1867 wesentlich Nationalliberalen und Welsen um die Landtags- und Reichstagsfrage; nur einzelne ehrenwerthe Freiconservative, wie z. B. Graf Otto Stobbe, sind wohl hier oder da mit in Betracht gekommen. Von den Nationalliberalen ist Herr v. Henniggen's Stellung zu den Posttagen zwar genau bekannt, aber wie er danach für den Wahlfall zu classificiren, dürfte doch selbst den von oben erleuchteten Gelehrten der „Provinzialcorrespondenz“ einige Schwierigkeiten machen. Noch mehr würde Herr Riquel sie in Betracht legen sehen, weil er endlich in früheren Jahren dem Reichstag angehört und sich auch bei Postrechten wohl betheiligte, aber doch keine Gelegenheit gehabt hat, den neuen Tarif seinem parlamentarischen Votum zu unterwerfen. Soll die Abjuration seiner officiellen Landstewe etwa ohne Weiteres für ihn mitgelten? Oder läme ihm umgekehrt die notorisch in seiner Stadt Osnabrück vorherrschende schlagbällnerische Auffassung zu Gute? Wenn seiner die Mehrzahl der hannoverschen Nationalliberalen nicht bloß gegen den neuen Tarif im Ganzen gestimmt hat, sondern auch schon vorher gegen dessen wichtigste Positionen, so theilen sie diese Anhänglichkeit mit mehreren der weislichen und beim Centrum hospitirenden Reichstagsabgeordneten. Nach Parteien kann es hier also schlechterdings nicht gehen. Man müßte Windtrocken von Brühl reden, Herr von Adelebsen anders fortzören als Herr von Grote, wenn Dies wirklich der Wahlfall sein sollte. Daran folgt, daß derselbe in der Provinz Hannover nicht die geringste praktische Bedeutung besitzt. Kein dort angestellter preussischer Beamter wird ihn, wenn er an sein Wahlgeld geht, aus der Tasche ziehen. Er hätte zu befürchten, daß viele gute Freunde der Regierung, wie sie heute ist, die Probe nicht bestehen möchten und mancher entschlossene Gegner mit obrigkeitlicher Genehmigung durch'sime. Aber nicht bloß die Bismard'sche Wirtschaftspolitik — der Herr Bismard überhaupt spielt in der Provinz Hannover nicht die große populäre Rolle, die er anderswo ja ohne Zweifel spielt. In Hannover, das ein von Natur conservativer, nicht allzu beweglicher Stamm bewohnt, so stark und tiefwurzelnd der gemäßigtere Liberalismus dort auch ist, dürfte Herr v. Henniggen reichlich so beliebt und angesehen sein wie Herr Bismard. Seit man diese beiden Männer nicht mehr in derselben Linie vor sich sieht, hat die Regierung auf der liberalen Seite mehr verloren, als sie zum Reichsführer die ganze Anhänglichkeit an den verdienten alten Führer wider sich herausfordern, wäre ein sehr geangenes Spiel. Eine andere Frage ist es, ob sich nicht von der Welsenpartei der conservativ-aristokratische Flügel für die Regierung gewinnen

ließe. Das könnte ja versucht werden und läme immerhin dem Staat und dem Reiche zu Statten. Die Welsenpartei, gegründet auf die Hoffnung einer nachgerade völlig ausichtslosen Restauration, ist früher oder später ja doch zum Zerfallen bestimmt. Vielleicht ist sie heute schon reif dazu; dann mag auf ihren Trümmern eine preussisch-conservative Partei entstehen. Aber die schlagbällnerische und agrarische Wirtschaftspolitik des kaiserlichen Hofes wäre in diesem Dazwischen und Schiffer-Kante dafür der ungeringste Ausgangspunkt.“

Die sonst so herzlichen, fast intimen Beziehungen Deutschlands zu **Rußland** haben seit den Tagen des Berliner Congresses eine ziemlich bedeutende Erschütterung erlitten. Es sind dafür allerlei Anzeichen vorhanden. Die russische Presse ist seit einiger Zeit sehr geschäftig, ihr Publicum gegen Deutschland auszubringen und die Mißerfolge der eigenen Politik auf die Rechnung des deutschen Reichskanzlers zu setzen. Bestrebungen muß es, wenn in diesen Chores auch das officiöse Organ des Ministeriums des Äußeren, die „Agence générale russe“, einstimmt, sie thut Dies in dem folgenden Artikel, den wir der Beachtung unserer Leser nicht entziehen zu dürfen glauben:
„Wiewohl unserer Zeitungen greifen die deutsche Politik mit einiger Hostilität an, welche aber abgebracht scheinen könnte, wenn sie nicht eine kindliche, der Unschuld nahe Raueidat vertritt. Der erlauchte Kanzler, welcher die Geschicke Deutschlands leitet, verfolgt die Interessen seines Landes, wie er es versteht. Man kann sich selbst über seine Rechnung täuschen, aber er täuscht sicherlich Niemanden. Er hat ganz für sich selbst über seine Rechnung mit bemerkenswerthem Freimuth darzulegen. Herr Bismard hat sein Ziel, er geht entschlossen darauf los. Jeder, der ihn unterhänden kann oder will, um es zu erreichen, ist sein Freund. Nun, richtige Rechnung macht gute Freunde — Dies, so wird Dir ergeben, ist seine Devise. Wenn er so mit seinen Bundesleuten verfährt, um so viel mehr muß er von diesem Grundfah den Fremden gegenüber Gebrauch machen. Es war daher ganz natürlich, daß er, als er einen Krieg mit Frankreich voranschickte, die Freundschaft Rußlands suchte, um sich seinerzeit ein wohlbekanntes Neutralität zu sichern, ohne welche das Unternehmern sehr gefährlich gewesen wäre. — Es war die Sache Rußlands, diese Lage zum besten Theil seiner Interessen abzuschätzen. Nach dem Kriege von 1870 mußte die Wohlthätigkeit eines französischen Revolutionskrieges auf der deutschen Politik lasten und den hohen Werth der Freundschaft Rußlands aufrecht erhalten, welches damals seine ganze Kräfte zur Befestigung hatte und in voller Action und Handmähigkeit war. Heute ist Rußland mit dem Orient-Angelegenheiten beschäftigt; das republikanische Frankreich scheint sich abzuwenden an dem Bündnis mit England. Die Situation hat sich geändert. Es ist mithin natürlich, daß die Befürchtungen und Hoffnungen der deutschen Politik sich nach derjenigen Seite wenden, von wo Gefahr oder Sicherheit kommen kann, um so mehr, als der gute Wille, welchen man in London suchte, nicht unverwundlich ist mit dem in Wien unterzeichneten Interessenbunde. In alledem ist nicht Unähnliches als das Vertrauen einiger unserer Publicisten. Sie würden klüger handeln, sich an diesen Beispielen zu begeistern, als sich darüber zu beklagen. Man kann gewiß nicht verkennen, daß diese vom Ballast der Traditionen losgelöste Politik eine neue Era in dem Gang der Cabinetts und besonders des unruhigen inaugurirt. Aber sie hat wenigstens das Verdienst, daß sie keinen Raum für